№ 65. Sonntag, den 18. März 1900. 27. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Bezugspreis für Thorn bei Abholung in der Geschäftsstelle, Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, I Treppe.
Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Erstes Blatt.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Vom Reichstage.

169. Sitzung vom 16. März, 1 Uhr.

T.-O.: 3. Lesung der lex Heinze.

Zunächst wird über den Antrag auf Debatteschluß (über die Kunst- und Theaterparagraphen) abgestimmt, welcher gestern wegen der Beschlußunfähigkeit unerledigt bleiben mußte.

Abg. Singer (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung. — Dieselbe ergiebt Annahme des Schlußantrages mit 196 gegen 82 Stimmen. Mit den beiden freisinnigen Parteien, der süddeutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten stimmten gegen den Schluß noch alle anwesenden Polen, sowie der Antisemit Bindewald. Drei Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Schönlank (Soz.), es sei ihm durch den Debatteschluß unmöglich gemacht worden, noch zu dieser wichtigen Frage das Wort zu nehmen. — Dasselbe erklären die Abgg. Träger (frs. Vp.), Thiele (Soz.), Bindewald (Antis.), welch letzterer es hauptsächlich deshalb bedauert, weil er der einzige Künstler im Hause sei (Heiterkeit). — Auch die Abgg. Oertel-Sachsen (kons.) und Müller-Meiningen (frs. Vp.) beklagen es, daß sie nicht mehr zu Wort gekommen seien. Letzterer erklärt, er würde gegen die Angriffe, die man gegen ihn gerichtet, erwidern (Präsident Graf Ballestrem, lebhaft klingelnd: Herr Abgeordneter, was Sie erwidert haben würden, ist keine Angelegenheit der Geschäftsordnung).

Es folgt noch eine lange Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. Stöcker (b. k. F.) wendet sich gegen den Abg. Müller-Meiningen. Derselbe habe in seiner taktlosen Weise (stürmische Unterbrechungen links. Rufe: Zur Ordnung! Von rechts erschallt ein Ruf: Maul halten!).

Abg. Müller-Meiningen (frs. Vp.) antwortet dem Abg. Stöcker, derselbe habe mit einem ziemlichen Maß von Grobheit gesprochen.

Präsident Graf Ballestrem bemerkt, es sei nicht erlaubt, einem Abgeordneten Grobheit vorzuwerfen.

Abg. Müller-Meiningen (frs. Vp.) bemerkt gegenüber dem Abg. Stöcker, noch weniger als ein Kapuziner gefalle ihm ein Tartüffe (lebhafter Beifall links, Unruhe rechts).

Präsident Graf Ballestrem kann in dem Wort Kapuzinade keine Beleidigung sehen (große Heiterkeit); er sähe in den Kapuzinern sehr achtungswerthe Leute (stürmische Heiterkeit).

Abg. Stöcker (b. k. F.) meint, eine Kapuzinade sei ihm noch viel lieber als eine Harlekinade (Lachen links).

Nunmehr beginnt die Abstimmung.

§ 184 wird in einfacher Abstimmung angenommen. Bei § 184a (Kunstparagraph) erfolgt zunächst die Annahme des Kompromißantrages Graf Bernstorff-Lauenburg und Genossen in einfacher Abstimmung. Die vom Abg. Singer (Soz.) beantragte namentliche Abstimmung über den § 184a wird vom Präsidenten abgelehnt.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, sich dem fügen zu müssen, nunmehr beantrage er darauf, daß bei § 184 b, dem Theaterparagraphen, über jeden der vorliegenden Anträge namentlich abgestimmt werde.

§ 184 b wird sodann mit 166 gegen 124 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, süddeutsche Volkspartei, die beiden freisinnigen Parteien, die Nationalliberalen mit etwa 5 Ausnahmen, sowie die Antisemiten Bindewald und Boeckel.

Zu § 184 c, der in völliger materieller Uebereinstimmung mit dem bestehenden Gesetz nur lediglich in etwas anderer redaktioneller Fassung Aergerniß erregende Mittheilungen aus nichtöffentlichen Gerichtssitzungen oder aus bezüglichen amtlichen Schriftstücken unter Strafe stellt, nimmt

Abg. Stadthagen (Soz.) das Wort, um in längerer Rede sich gegen die Aufrechterhaltung dieser Strafbestimmung auszusprechen. (Zu Beginn dieser Rede leeren sich die Bänke des Hauses alsbald fast völlig; Konservative und Centrumsabgeordnete verlassen den Saal). Redner verbreitet sich über verschiedene Beispiele aus dem praktischen Leben, aus seinen anwaltschaftlichen Erfahrungen. U. a. bespricht er den bekannten Fall der Kuppeleiaffaire am Schiffbauerdamm, wo es nicht gelungen sei, die Kupplerin ihrer verdienten Strafe zu überliefern. (Graf Oriola lacht). Der Herr Graf gehöre auch zu denen, die durch solche Anträge es verhindern wollen, daß die Mittheilungen des Mädchens, welches sich nicht habe verführen lassen wollen, an die Oeffentlichkeit gelangten (Unruhe rechts. Rufe: Reden Sie doch zu Ihren Stammesgenossen). Meine Standesgenossen? Herr v. Reizenstein ist nicht mein Standesgenosse! Prinz Reuß jüngste Linie ist nicht mein Standesgenosse! Prinz Albert von Sachsen-Altenburg ist auch nicht mein Standesgenosse! (steigende Unruhe rechts. Rufe: Zur Sache! Diese Rufe wiederholen sich minutenlang, sodaß schließlich Vizepräsident Schmidt mühsam Ruhe schafft). Redner bittet noch dringend um Ablehnung des § 184 c.

Abg. Heine (Soz.) will, anschließend an die Ausführungen des Vorredners, sich noch einige Ergänzungen gestatten (große Heiterkeit). Dieser Paragraph sei Fleisch vom Fleische dieses Antistreikgesetzes. Auch in diesem Paragraphen finde sich wieder das „Aergerniß erregen." Er, Redner, nehme an diesem Gesetzentwurf vor Allem deshalb Anstoß, weil es ein Versuch der Regierung sei, die Grundlage unserer ganzen Rechtsgesetzgebung zu untergraben. In der Kette des Systems sei dieses Gesetz ein Glied.

Geh. Rath v. Lenthe erwidert, die Bestimmungen dieses Paragraphen existirten ja schon seit 1889.

Jetzt wird ein Schlußantrag der Majoritätsparteien angenommen.

Abg. Graf Oriola (nl.) weist persönlich die an ihn gerichteten Bemerkungen des Aeg. Stadthagen als unqualifizirbar zurück (lebh. Beifallsrufe rechts und im Centrum).

Abg. Stadthagen (Soz.), mit Rufen: Raus! empfangen. Ich verbitte mir diese Zurufe! (Präsident Graf Ballestrem! Sie haben sich garnichts zu verbitten!)

Auch Abg. Graf Arnim (Rp.) wendet sich gegen eine Aeußerung des Abg. Stadthagen; es scheine, als ob bei diesem Herrn anonyme Denunziationen an der Tagesordnung seien.

Ueber § 184 c muß auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) wieder namentlich abgestimmt werden. 184 c wird mit 196 gegen 73 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, aufrechterhalten.

Von den Sozialdemokrbten wird jetzt ein § 184 d beantragt des Inhalts: Die Bestimmungen der §§ 184, 184 a und 184 b finden keine Anwendung auf künstlerische Produktionen und Darstellungen, bei denen ein höheres Interesse von Kunst und Wissenschaft obwaltet.

Abg. Groeber (Ctr.) protestirt gegen diese Berathung.

Abg. Singer (Soz.) meint, wenn das Haus sich dem anschließe, kündige er schon jetzt einen Antrag auf einen neuen § 184 e an, daß die §§ 184 bis 184b erst im Jahre 1920 in Kraft treten sollen (stürm. Heiterkeit.)

Abg. Richter (frs. Vp.) hält den Widerspruch des Abg. Groeber für unbegründet.

Abg. Groeber (Ctr.) spricht in einer Entgegnung von „angeblich" künstlerischen oder nicht-künstlerischen Erzeugnissen. (Stürmische Zurufe links: „angeblich.")

Abg. Singer (Soz.) erkennt aus diesem „angeblich", was die Mehrheit hier bezwecke. Seine Freunde würden aber mit allen Mitteln verhindern, daß mit solchem Gesetz die Macht der Finsternis siege (Lärmen bei der Mehrheit.)

Abg. Richter (frs. Vp.) stellt fest, daß, wenn die Mehrheit diesen Antrag ablehne, sie damit bekunde, daß sie auch Produktionen von höherem Interesse der Kunst und Wissenschaft diesem Gesetz unterstellen wolle.

Abg. Groeber (Ctr.) bleibt dabei, der Antrag sei unzuverlässig. Die Minorität übe jetzt offen Obstruktion. Die Mehrheit werde deshalb überlegen müssen, ob nicht die Geschäftsordnung zu ändern sei. (Großer Lärm links.)

Abg. Singer (Soz.) erwidert, seine Partei mache nur von einem Rechte Gebrauch, dessen sich die Rechte oft bedient habe. Wenn es sich um Korn- und Fleischzölle, um bimetallistische Fragen u. s. w. handle, dann säßen die Herren rechts wochenlang und hielten Reden und hörten Reden an. Nun mögen sie auch jetzt so zahlreich zur Stelle sein. Er beantrage namentliche Abstimmung. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Richter (frs. Vp.) bemerkt, die Drohung mit Aenderung der Geschäftsordnung habe man schon oft gehört. Die Herren rechts könnten doch nicht verlangen, daß man ihnen das Zustandekommen des Gesetzes erleichtere.

Präsident Graf Ballestrem stellt dem Abg. Singer gegenüber fest daß die Minorität in außerordentlichem Maße zu Worte gekommen sei.

Nachdem noch die Abgg. Richter (frs. Vp.) und Groeber (Ctr.) kurze Bemerkungen gemacht, wird über die Frage, ob das Haus den Antrag der Sozialdemokraten auf einen neuen § 184 d für geschäftsordnungsmäßig unzulässig halte, namentlich abgestimmt. Die Unzulässigkeit wird mit 155 gegen 112 Stimmen bejaht.

Sonnabend 11 Uhr: Fortsetzung der Debatte.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung vom 16. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Thielen und Kommissarien.

Die Berathung des Bau-Etats wird bei dem Titel „Ministergehalt" fortgesetzt.

Abg. Wallbrecht (natl.) vertheidigt die Wasserbautechniker gegen die gestrigen Vorwürfe des Abg. v. Kardorff, die er nicht in der Ordnung finde.

Der Präsident bemerkt, daß er allein zu entscheiden habe, was in der Ordnung sei.

Abg. Daub (natl.) nimmt ebenfalls die Wasserbautechniker in Schutz.

Abg. v. Riepenhausen (kons.) bringt eine Reihe lokaler Wünsche vor und verlangt namentlich eine Vertiefung der Schwedenfahrt bei Stralsund, was allerdings einen Umbau des Bahnhofes nöthig machen würde. (Während seiner Ausführungen wird Redner wiederholt vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, zur Sache zu sprechen, sodaß er schließlich die Tribüne verläßt.

Abg. v. Hagen (Ctr.) beklagt sich darüber, daß die Anlieger der Ems mit hohen Beiträgen zu den Regulirungskosten des Flusses herangezogen würden.

Abg. v. Eynern (natl.) wirft dem Abg. v. Kardorff vor, daß dieser mit seinem Angriff gegen die Wasserbautechniker eine neue Operationsbasis gegen die Kanalvorlage habe schaffen wollen. Es würde interessant sein, zu erfahren, ob und wann die Kanalvorlage hier im Hause zu erwarten sei.

Minister v. Thielen erwidert, die Vorlage werde dem Hause jedenfalls zugehen, doch könne noch einige Zeit bis dahin vergehen. Die Lage der Vorlage sei eine durchaus günstige. Die Vorarbeiten seien rechtzeitig beendet gewesen, doch hätten die Verhandlungen mit den Adjazenten eine Verzögerung nöthig gemacht.

Abg. Barth (frs. Vg.) bezweifelt, daß die Kanalvorlage noch komme, sollte es aber der Fall sein, dann werde es wohl für diese Session zu spät sein.

Minister v. Thielen betont, daß in der Kanalvorlage volles Einverständnis mit der Kanalvorlage Einverständnis im Staatsministerium herrsche; von einer Dissonanz könne absolut keine Rede sein. Von einer Abtrennung der Wasserbauverwaltung und namentlich von einer Aufnahme der betreffenden Bestimmungen in die Kanalvorlage sei ihm nichts bekannt. Wahrscheinlich rühre die Nachricht aus denselben Kreisen her, welche die jetzigen Burensiege in der Friedrich- und Leipzigerstraße verkünden ließen (Heiterkeit, Bravo!).

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freik.) bemerkt, er werde abwarten, ob eine Kanalvorlage komme. Die Lostrennung des Wasserbauwesens und die Belassung des Hochbauwesens beim Arbeitsministerium könne er nicht für empfehlenswerth halten.

Abg. v. Pappenheim (kons.) ist derselben Ansicht wie der Vorredner.

Abg. Schmieding (natl.) ist bereit, für den weitgehenden Schutz der landwirthschaftlichen Interessen einzutreten; aber Gegenbedingung sei, daß auch die Landwirthe für die Verkehrsentwickelung eintreten, und zwar nicht blos für die Eisenbahnen, sondern auch für die Wasserstraßen.

Der Titel „Ministergehalt" wird bewilligt.

Beim Kapitel „Bauverwaltung" liegen zwei Anträge vor, 1) vom Abg. Krieger-Königsberg (frs. Vp.), die Regierung zu ersuchen, diejenige Anzahl Bau-Inspektorstellen in der Bauverwaltung zu schaffen, welche nothwendig ist, um die Wartezeit der Baumeister von 12 Jahren auf ein Höchstmaß von 10 Jahren zurückzuführen, 2) vom Abg. Schmidt-Warburg (Ctr.), die Regierung wolle dafür Sorge tragen, daß den in der allgemeinen Bauverwaltung beschäftigten Bauinspektoren und Maschinenbauinspektoren eine die Dauer von 5 Jahren überschreitende Zeit der diätarischen Beschäftigung bei der Festsetzung des Besoldungsdienstalters angerechnet werde.

Beide Anträge gehen nach kurzer Debatte an die Budgetkommission.

Der Rest des Ordinariums wird nach unwesentlicher Debatte genehmigt.

Beim Extraordinarium entspinnt sich eine längere Debatte bei den den Ausbau des Emdener Außenhafens betreffenden Titeln, die mit der die Emdener Außenhafenbauten betreffenden Denkschrift gemeinsam debattirt werden.

Abg Menge (freik.) weist auf den Aufschwung des Hafens hin.

Abg. v. Arnim (freik.) kommt auf die erhebliche Ueberschreitung des anfänglichen Kostenanschlages bei Bauausführungen zu sprechen und wünscht Auskunft, ob die Abgaben zur Zinsendeckung des Anlagekapitals ausreichten.

Regierungs-Kommissar Geheimer Rath Kummer bemerkt, daß Niemand den Aufschwung des Seeverkehrs habe voraussehen können; zur Zeit der Projektbearbeitung habe die Höchstlänge der Schiffe 71 Meter betragen, heute sei sie auf 163 Meter gestiegen. Das habe die Steigerung der Kosten bedingt.

Abg. Schmieding (natl.) ist über die Erklärung des Regierungsvertreters befriedigt.

Abg. Im Walle (Ctr.) findet die bedeutenden Etatsüberschreitungen auffällig; sie müßten jetzt schon für alle Emsbauten über 50 Millionen betragen.

Die Titel werden bewilligt; die Denkschrift wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Titel wird die Weiterberathung auf Freitag Abend 7½ Uhr vertagt.

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat am Freitag Nachmittag um 2 Uhr in Kiel die Rückreise nach Berlin angetreten.

Der Kaiser hat dem Sultan telegraphisch seinen herzlichsten Dank ausgesprochen für die ihm übersandten Gemälde und Geschenke und für die Aufmerksamkeiten, welche den in der letzten Audienz vorgestellten Personen erwiesen wurden.

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin ist gegenwärtig 18 Jahre alt. Nach dem Hausgesetz wird er mit 19 Jahren volljährig. Der Großherzog gedenkt nach der „Kreuzztg.", sobald er in diesen Tagen sein Abiturientenexamen bestanden haben wird, sich zu seiner Mutter nach Cannes zu begeben, im Mai die Universität Bonn zu beziehen und 1901 die Regierung anzutreten.

Dem Bundesrat ist ein Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1900 zugegangen. An einmaligen Ausgaben werden 5 881 057 Mk. gefordert, 4 500 000 Mk. zur Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung, 997 300 Mk. für die Kolonialverwaltung nämlich Zuschuß für Kamerun 865 300 Mk. und Zuschuß zu den Verwaltungskosten für Samoa 52 000 Mk. u. a. m.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl des Abg. Frhrn. von Stumm zu beanstanden beschlossen. Die Wahl des Grafen Stolberg-Wernigerode für Oletzko-Lyck-Johannesburg wurde für giltig erklärt, aber dem Reichskanzler die Protestbehauptung zur Kenntnisnahme überwiesen, daß bei Beschlagnahme sozialdemokratischer Flugblätter auch die Stimmzettel beschlagnahmt sind.

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses hat die Wahl des nationalliberalen Abg. Mischke für den Oberlahnkreis zu beanstanden beschlossen.

Nach den Erkundigungen der „Berliner Neuesten Nachrichten" an zuständiger Stelle entsprechen die Angaben der „Freis. Ztg.", wonach auf besonderes Betreiben des Ministers v. Miquel das Staatsministerium beschlossen habe, die Wasserbau-Verwaltung einschließlich der Ströme und Häfen dem landwirthschaftlichen Ministerium zu unterstellen und wonach eine betreffende gesetzliche Bestimmung in der Kanalvorlage getroffen werden sollte, nicht dem richtigen Sachverhalt. Eine authentische Erklärung stehe dem Vernehmen nach bevor.

In der Freitagsitzung des Zentralausschusses der Reichsbank bemerkte Präsident Dr. Koch, die Lage der Bank habe sich zwar gebessert, sei aber doch erheblich schwächer als im Vorjahre. Die Anlagen, welche seit Ultimo wie auch 1899 um 6 Millionen zurückgegangen seien, betrügen 107 Millionen mehr als 1899, 154 Mil. mehr 1898 und 182 Mil. mehr als 1897. Metall sei um 55 Mill. bezw. 126 und 73 Mil. kleiner, die steuerfreie Notenreserve ebenfalls um 39 bezw. 126 und 131 Millionen kleiner als im Vorjahre. Der Privatdiskont sei nur ¼ pCt. niedriger als der die offizielle Rate des vorigen Jahres um ein volles Prozent übersteigende Bankdiskont. Auch die Kurse der fremden Wechsel seien hoch, allerdings sei ein Goldabfluß in letzter Zeit nicht zu bemerken gewesen. Zur Aenderung des Diskontes liege keine Veranlassung vor. Der Zentralausschuß pflichtete diesen Ausführungen widerspruchslos bei. Der Präsident legte darauf den Entwurf derjenigen Abänderungen des Reichsbankstatuts vor, zu welchen die Bankgesetz-Novelle vom 7. Juni 1899 Anlaß bietet. Der Entwurf wurde einstimmig gebilligt und soll der am 19. März stattfindenden ordentlichen Generalversammlung zur statutenmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

Auf Anregung des Cultusministers hat der Kaiser ihn ermächtigt, allen darum nachsuchenden preußischen Universitätsbehörden zu gestatten, in ihren wissenschaftlichen und geschäftlichen Angelegenheiten die lateinische Sprache noch mehr als bisher einzuschränken oder auch ganz auszuschließen. In Folge dessen schweben jetzt, wie die „National-Zeitung" hört, bei den preußischen Universitäten und Facultäten Verhandlungen darüber, ob und in welchem Umfange man von dieser Erlaubniß Gebrauch machen solle.

Die Steuerkommission des württembergischen Landtages lehnte am Donnerstag einen Antrag auf Einführung einer Umsatzbesteuerung der Waarenhäuser ab. Der Minister des Innern v. Pischek und der Finanzminister v. Zeyer hatten ihre lebhaften Bedenken hervorgehoben und empfohlen, die Erfahrungan abzuwarten, die man in Preußen mit dieser Steuer machen werde.

Den Eintritt in den Flottenverein hat Graf Häseler in Metz den Offizieren seines Armeekorps zwar nicht verboten, wohl aber hat er nach der „Frankf. Ztg." dem Vorstand des Flottenvereins insofern eine Absage gegeben, als er dessen Bitte, Einzeichnungslisten für die Flottenvereins-Mitgliedschaft durch das Korpskommando an die einzelnen Regimenter verteilen zu lassen, abgelehnt hat. Er wollte vermeiden, daß diese Art der Vermittelung als ein Zwang zum Beitritt ausgelegt werde.

Es fehlte nur noch, schreibt die „Deutsche Tagesztg.", daß die Kanalvorlage eingebracht werde, damit fast alle, die zum Zustandekommen des Flottengesetzes beitragen müssen, brüskirt werden. „Nach den bisherigen Er-

fahruugen sollte es uns wundern, meint die „Deutsche Tagesztg.“, „wenn man nicht auch dieses Mittel, die Flottenvorlage scheitern zu lassen, anwenden wollte. Wir sind auch auf diese Eventualität gefaßt.“

Ueber eine „Behelligung“ des Kaisers in der Fleischschaufrage durch Industrielle haben konservative Blätter ihre Entrüstung ausgesprochen. Nach der „Norddeutschen Allgem. Ztg.“ haben aber auch eine Reihe von landwirthschaftlichen Vereinigungen den Kaiser in Telegrammen zur Aufrechterhaltung des Fleischeinfuhrverbotes angerufen. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ offiziös berichtet, sind alle diese Kundgebungen ohne Beantwortung geblieben. „Es konnte um so weniger vorausgesetzt werden, daß in dieser schwebenden Frage der Kaiser eine persönliche Initiative ergreifen würde, als die verbündeten Regierungen zu den im Reichstag gefaßten Beschlüssen Stellung zu nehmen noch nicht in der Lage gewesen sind.“

Ueber den Wert des deutschen Kolonialbesitzes urteilt die kolonialfreundliche „Rhein.-Westf. Ztg.“ in einer Besprechung über den Delagoa-Vertrag, wie folgt: „Im besten Falle sollen wir (durch den Vertrag) irgend welche tropischen ungesunden Gegenden erhalten, mit denen wir schon reichlich überladen sind. An ihre Erwerbung scheinen aber so viele Klauseln gebunden, daß sie für uns den Wert besitzt, wie eine Taube auf der Kirchturmspitze.“

Für den Protest, zu welchem sich eine große Anzahl von Fabriken etc. aus allen Theilen Deutschlands wegen der Beschlüsse der Reichstagskommission in Angelegenheit des Fleischbeschaugesetzes vereinigten, gingen weitere ungefähr 3600 Unterschriften ein, welche dem Reichskanzler überreicht wurden.

Zur Gemeindewahlrechtsvorlage hat am Donnerstag die Kommission des Abgeordnetenhauses einen Antrag Heydebrand zu § 2 angenommen, wonach Wähler, die vom Staate zu keiner Steuer veranlagt sind, stets in der dritten Abteilung wählen müssen. § 3 gelangte unter Ablehnung aller Anträge zur Annahme. Im § 4 wurde ein Antrag Heydebrand ($^2/_3$ Mehrheit bei der Beschlußfassung über Ortsstatute) angenommen. Der Gesetzentwurf ist in erster Lesung in der Kommission erledigt. Die zweite Lesung wird in ungefähr zwei Wochen stattfinden, nachdem das vom Minister des Innern in Aussicht gestellte statistische Material eingegangen sein wird.

Der Centralrath der Deutschen Gewerkvereine erhob in außerordentlicher Sitzung am Donnerstag nach einem Vortrag des Verbandsverwalters Abg. Dr. Max Hirsch „Namens der 90 000 Mitglieder und ihrer Familien“ Protest gegen das Verbot der Einfuhr von zubereitetem Fleisch. Das Verbot würde eine unerhörte Schädigung der ohnehin schon ungenügenden Fleischnahrung, und damit der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter, und zugleich eine schwere Gefährdung des Exports nach dem Auslande bedeuten, auf welchen Hunderttausende dieser Arbeiter mit ihrer Beschäftigung und Existenz angewiesen sind.

Ein Disziplinarverfahren droht dem Münchener Universitätsprofessor Lips. Er hatte in einer Protestversammlung gegen die lex Heinze in München erklärt: „Das absolute Vertrauen auf unsere Rechtssprechung, das spreche ich offen aus, ich habe es verloren. Die Rede von der absoluten Unbestechlichkeit des deutschen Richterstandes ist für mich Legende geworden.“ Im Finanzausschusse der bayerischen Kammer wurde am Donnerstag diese Verdächtigung des deutschen Richterstandes von liberalen und Centrumsabgeordneten zurückgewiesen. Der Justizminister bedauerte die Aeußerung und erklärte, er behalte sich weitere Schritte vor. Der Kultusminister betonte, er werde abwarten, bis ihm die Akten vom Justizministerium zugegangen seien.

Zum vortragenden Rat im Kultusministerium ist der Regierungsrath Fleischer ernannt worden.

Der Geheime Regierungsrath Dr. Karsten, Professor der Physik an der Universität Kiel, früher Reichstags- und Landtagsabgeordneter, ist gestorben. Gustav Karsten war am 24. November 1820 in Berlin geboren und wurde 1877 für Altona, nachdem der sozialdemokratische Abgeordnete Hasenclever das Mandat wegen Doppelwahl abgelehnt hatte, in der Nachwahl in den Reichstag gewählt, wo er sich der Fortschrittspartei anschloß. Er vertrat den Wahlkreis Altona während dreier Legislaturperioden, unterlag 1884 aber dem Sozialdemokraten Frohme.

Der Führer der nationalliberalen Partei Bayerns, Landtagsabgeordneter Medizinalrath Aub, ist gestorben.

Der Krieg in Südafrika.

In den Oranje-Freistaat sind die Engländer nunmehr auch von Süden her eingerückt. Nach einem Telegramm von Roberts hat General Gatacre den Oranjefluß überschritten und Donnerstag früh Bethulie im Oranje-Freistaat besetzt. Roberts hat den General Polacrew mit 2000 Mann Garde, 2 Geschützen und einer kleinen Abtheilung berittener Infanterie in drei Zügen abgesandt, um mit Gatacre und Clements zusammenzustoßen; Donnerstag Nachmittag $4^1/_2$ Uhr hatte er Bethany ohne Widerstand passirt.

Die Londoner Abendblätter melden unter dem 15. März aus Vanzyl: Der Uebergang über den Oranje-Fluß wurde heute mit Erfolg forcirt, (vermuthlich durch den General Clements). Die auf den Hügeln stehenden Buren wurden überrascht und setzten dem Uebergang über den Fluß keinen Widerstand entgegen. Gegenwärtig wird eine Pontonbrücke für die Hinüberschaffung der schweren Geschütze hergestellt. Ein kräftiger Vorstoß steht bevor.

Als englischer Gouverneur von Bloemfontein hat General Pretyman eine Proklamation erlassen, in welcher alle Bürger innerhalb eines Umkreises von zehn Meilen aufgefordert werden, bei Strafe der Konfiskation ihres Eigenthums die Waffen abzuliefern.

General Pretyman ernannte Collins an Stelle Papenfus' zum Landdrost. Das Mitglied der früheren Regierung Fraser und der Bürgermeister werden in örtlichen Angelegenheiten zu Rathe gezogen. Eine große Menge von Vorräthen, die von dem seitens der Buren bei Wasserfall am Rietflusse erbeuteten englischen Convoy herrühren, wurde hier aufgefunden.

Die „Daily Mail“ meldet aus Pretoria vom 13. ds. Mts.: Staatssekretär Reitz hat heute eine Proklamation erlassen, in welcher er Salisbury's Behauptungen widerlegt. Es heißt in der Proklamation, die Republik habe an die britische Regierung seinerzeit die Forderung gerichtet, die britischen Truppen zurückzuziehen, sonst würde sie deren Anwesenheit als Kriegserklärung auffassen. Hierin brauchte man noch keine Kriegserklärung von Seiten der Buren zu sehen. Beides, die Rüstungen und das Ultimatum, seien Schutzmaßregeln gewesen, die aus dem Zuge Jamesons folgten und aus der durch chiffrirte Telegramme sich ergebenden Entdeckung, daß britische Kabinettsminister in der Versuch verwickelt waren, den Republiken ihre Unabhängigkeit zu stehlen. Jetzt sei durch Salisbury's Telegramm aller Zweifel beseitigt und die Bürger müßten für ihre nationate Existenz kämpfen in dem Vertrauen, daß Gott das Recht schützen werde.

Drei Mitglieder der Burenregierung haben sich bekanntlich nach Europa begeben, um in der Frage der Vermittelung thätig zu sein. Wie das „Berl. Tagebl“ aus London erfährt, soll das englische Kriegsschiff „Thetis“ ausgesandt sein, um die Mitglieder der Burenregierung, die auf dem deutschen Reichspostdampfer „Kaiser“ nach Europa reisen, zu Kriegsgefangenen zu machen.

Die englischen Verluste sind nach einer Zusammenstellung der Münchener „Allg. Ztg.“ in Wirklichkeit viel größer als bisher amtlich angegeben ist. Nach der „Times“ vom 8. März sind im Ganzen gefallen 1775 Mann, verwundet 7672, an Wunden gestorben 347, gefangen und vermißt 3329, also zusammen 13 124 Mann. Dazu kommen 3348, welche als kampfunfähig in die Heimath entlassen sind. Der Gesamtverlust beträgt demnach bis Anfang März 16 472 Mann. Hierbei fehlt aber noch die Angabe der Kranken, die sich noch in Hospitälern befinden und allein für Ladysmith sehr zahlreich sind. Im Ganzen dürfte der Gesamtverlust mit 20 000 Mann eher zu gering, als zu hoch erscheinen, also mehr als 10 pCt. der in Afrika befindlichen Truppen.

Nach der schroffen Ablehnung des Friedensanerbietens sind die Buren entschlossen, bis zum Aeußersten zu kämpfen. Wenn sie schon unterliegen müssen, wollen sie den Engländern möglichst viel Schaden zufügen. Nach einer Meldung der „Times“ aus Lourenzo Marques hat dort eine Person, welche während des Krieges mit einer der Randminen in Verbindung stand, erklärt, die Beamten des Minendepartements der Transvaal-Regierung seien mit einem Plane zur Zerstörung der Schächte und der Grubenbauten mittels Dynamit beschäftigt. Eine Anzahl Sprengminen und andere zur Verteidigung dienende Werke seien in der Nähe von Johannesburg errichtet. — Durch Zerstörung würde der Minenbetrieb Jahrzehnte hindurch unmöglich sein und den englischen Gesellschaften ein unermeßlicher Schaden zugefügt werden.

Im englischen Unterhause wurde Chamberlain am Montag gefragt, ob es wahr sei, daß die Buren die Kohlengruben in der Nähe von Ladysmith zerstört haben, und daß die Regierungsbeamten offen den Entschluß kundgeben, die Maschinen und Betriebsanlagen der bedeutendsten Goldminen demoliren und die Hauptgebäude von Johannesburg zerstören zu wollen. Chamberlain antwortete: beim Ausbruch des Krieges sei Präsident Krüger bedeutet worden, daß von ihm und seiner Regierung erwartet werde, sie würden Leben und Eigentum aller friedlichen Personen schützen, und sie würden verantwortlich gemacht werden für alle mit den Gebräuchen civilisirter Völker nicht vereinbare Handlungen.

In der „Coopers Union“ in Newyork fand am Donnerstag Abend eine Versammlung zu Gunsten der Buren statt. Unter den Rednern befand sich auch der frühere Transvaaler Generalkonsul Montagu White. Der Vorsitzende der Versammlung äußerte in einer Ansprache, der Krieg werde nicht eher vorbei sein, ehe nicht die Buren im Grabe lägen oder alle Engländer sich auf der Flucht befänden. Montagu White wiederholte die Ausführungen, die er in seiner gestrigen Zuschrift an die „World“ gemacht hat. Der nächste Redner Wessels beschuldigte England u. A., daß es den Eingeborenen Schießwaffen zum Kampfe gegen die Buren liefere. Montagu White bemerkte nach der Versammlung in einem Interview, es wäre aus strategischen Gründen zu rechtfertigen, wenn die Buren Johannesburg in die Luft sprengen, und verwies als Beispiel auf den Brand von Moskau im Jahre 1812. Die Buren hätten nie ernstlich Bloemfontein vertheidigen wollen, da dasselbe infolge seiner Lage zur Vertheidigung nicht geeignet sei.

Provinzielles.

e **Briesen**, 16. März. Der Jahresbericht der hiesigen Stadtsparkasse für 1899 erweist einen Bestand von 1331 Sparkassenbüchern mit einem Einlagenbetrage von rund einer Million Mark nach. In Folge der ungünstigen Geldverhältnisse des Vorjahres ist der Einlagenbestand um 50 000 Mark zurückgegangen. Seit dem 1. Januar fließen die Einlagen, begünstigt durch die Erhöhung des Zinsfußes auf 4 pCt., wieder reichlicher. Der Reservefonds hat sich auf 84 607 Mark erhöht.

Strasburg, 15. März. Bei der heutigen Abgangsprüfung im Gymnasium erhielten die acht zugelassenen Oberprimaner: Czychowski, Erdmann, Haß, Hackert, Jacobsohn, Möller, Sprengel und v. Werthern das Reifezeugnis.

Neuteich, 15. März. Der Plan, unsern Ort elektrisch zu beleuchten, rückt seiner Verwirklichung näher. Mehrere Tage hindurch hat sich hier und in Tiegenhof ein Vertreter der Vereinigten Elektrizitätswerke in Dresden aufgehalten, um mit den Vertretern der Stadt Verhandlungen zu pflegen. Ende nächster Woche soll die Sitzung, in welcher zwischen der Stadt und der Gesellschaft der Vertrag abgeschlossen werden soll, stattfinden. Die Gesellschaft will die elektrische Anlage hier oder in Tiegenhof auf eigene Kosten herstellen mit Kraft- und Lichtabgabe an die umliegenden Dörfer bis 10 km im Umkreis. Sie beansprucht pro Brennstunde von Privatpersonen 3 Pfg. und für öffentliche Beleuchtung 2 Pfg.

Danzig, 16. März. Im Falle des Pastors Weingart-Osnabrück fand gestern eine Protest-Versammlung statt, zu welcher etwa 200 Personen, Damen und Herren, erschienen waren. Nach einem Referat des Predigers Dr. Schieler aus Königsberg wurde eine Erklärung angenommen, in welcher die Versammlung Verwahrung gegen die Maßregelung des Osnabrücker Pfarrers einlegte.

Konitz, 15. März. Das hiesige Blatt schreibt: Zu der Mord-Affäre, welche noch andauernd die Gemüther der Konitzer Bürgerschaft in Aufregung hält, ist zu berichten, daß heute früh von einem Knaben auf dem evangelischen Kirchhofe der rechte Arm der Leiche aufgefunden wurde. Entgegen anderen Zeitungsnotizen können wir berichten, daß Kopf, Arme und Beine nicht abgesägt, sondern kunstgerecht abgeschnitten worden sind. Noch weiß man immer nicht, ob die Leiche mit dem verschwundenen Winter identisch ist, was auch wohl nicht eher wird festgestellt werden können, als bis der Kopf aufgefunden ist. Ein reger Depeschenwechsel hat gestern stattgefunden und ebenso wurden verschiedene Haussuchungen und Verhöre vorgenommen. Heute sind die Durchsuchungen in erweitertem Umfange aufgenommen worden und zwar hauptsächlich auf den in der Nähe des Mönchsees belegenen Grundstücken. — Einem auswärtigen Blatte wird von hier geschrieben: „Wie wir erfahren, sind gestern auch die fehlenden Eingeweide, die ebenfalls in Packpapier sorgfältig eingewickelt und mit Bindfaden vielfach umschnürt waren, gefunden worden. Bemerkt sei noch, daß der Leiche sogar das Herz herausgenommen, das Rückgrat mehrfach geknickt ist. Auf dem hiesigen Güterbahnhof soll zwar ein Stück Packleinwand mit der Zeitnung „H. W.“, die auch das Stück trägt, in welches der Rumpf des Ermordeten eingenäht war, aber nicht mit den weiteren Ziffern „3742“, beschlagnahmt worden sein. Das Stück Leinwand war nach Zempelburg bestimmt.“

Frauenburg, 15. März. Bischof Dr. Thiel ertheilte dem Pfarrer Aloys Koslowski aus Gr.-Bartelsdorf die kirchliche Einsetzung auf die erledigte Pfarrei Jonkendorf. Domherr Preuschoff hierselbst ist vom Bischof zum Geistlichen Rath ernannt worden.

Allenstein, 15. März. Hebeammenkurpfuschereien mehren sich in dem hiesigen Landgerichtsbezirke. So stand heute wieder die 66 Jahre alte Arbeiterfrau Eva Brall aus Schönbrück vor der hiesigen Strafkammer, angeklagt der fahrlässigen Tötung. Die Angeklagte, die bereits im Jahre 1894 wegen Hebeammenkurpfuscherei vorbestraft ist, hat auf Ersuchen bei der Geburt eines Kindes des Käthners Dudek in Schönfelde Hilfe geleistet. Am 28. August 1899, Nachmittags $5^1/_2$ Uhr erfolgte die Geburt, um $11^1/_2$ Uhr Nachts aber bereits der Tod der Frau Dudek. Die heutige Verhandlung ergab, daß die Brall bei Ausübung ihrer Hilfsthätigkeit sehr fahrlässig gehandelt hat und dadurch der Tod der Frau D. herbeigeführt worden ist. Frau Brall wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Posen, 15. März. Eine gemeinsame Pilgerfahrt aus den Erzdiözesen Posen und Gnesen nach Rom ist in Vorbereitung. Weihbischof Likowski wird die Pilger dem Papste vorstellen. Die Abreise soll Mitte Mai erfolgen.

Lokales.

Thorn, den 17. März 1900.

— Personalien bei der Eisenbahn. Versetzt: Ober- und Geheimer Regierungsrath Ditmar von Kattowitz nach Danzig unter Verleihung der Stelle eines Mitgliedes und Uebertragung der Stelle des Ober-Regierungsraths bei der Eisenbahndirektion, Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspektor Rhofert von Minden (Direktionsbezirk Hannover) nach Graudenz unter Verleihung der Stelle des Vorstandes der Betriebs-Inspektion 1 daselbst, Regierungsbaumeister Pieper von Berlin nach Dirschau zur Weiterbeschäftigung bei der dortigen Maschinen-Inspektion, Güterexpedient Klemp von Elbing nach Insterburg, die Stations-Verwalter Fritsche von Carthaus nach Morroschin, Mäther von Schwetz nach Stolp, Salomon von Morroschin nach Neustadt, Seydler von Melno nach Jablonowo zur Verwaltung der Stationskasse und Sprehn von Graudenz nach Carthaus, die Stations-Assistenten Bloeck von Dirschau nach Gramenz als Stationsverwalter, Kock von Graudenz nach Schwetz als Stationsverwalter, Pätz von Rheda nach Konitz, Rubusch und Schipplick von Konitz nach Elbing bezw. Marienburg, Stations-Diätar Janitschke von Hohenstein Westpr. nach Altfelde, Telegraphenmeister Foede von Dt. Eylau nach Marienburg zur Uebernahme der dorthin von Dirschau zu verlegenden Telegraphenmeisterei II.

— Personalien von der Steuer. Der Ober-Steuer-Kontrolleur, Steuerinspektor Rittersdorf in Marienwerder ist vom 1. April ab nach Nikolaiken Ostpr. versetzt worden.

— Erledigte Schulstellen. Erste Stelle zu Arnoldsdorf, Kreis Briesen, evangel. (Meldungen an Kreisschulinspektor Dr. Seehausen zu Briesen.) Stelle zu Schakenbruch, Kreis Rosenberg, evangel. (Kreisschulinspektor Droysen zu Riesenburg.) Stelle an der Stadtschule in Culmsee, katholisch (Kreisschulinspektor Dr. Thunert in Culmsee.) Stelle zu Birglau, Kreis Thorn, kathol. (Kreisschulinspektor Dr. Thunert in Culmsee.) Stelle zu Baumgarth, Kreis Stuhm, kathol. (Kreisschulinspektor Droysen zu Riesenburg.)

— Eisenbahnarbeiten. Da mit dem Beginn des Frühjahrs die Bauunterhaltungs- und Bauarbeiten wieder aufgenommen werden, hat der besonders in der Landwirtschaft andauernde Arbeitermangel dem Minister der öffentlichen Arbeiten Anlaß gegeben, die zu seiner Milderung getroffenen Anordnungen den Königl. Eisenbahn-Direktionen von Neuem zur genauesten Beachtung in Erinnerung zu bringen. Es kommen hierfür in Frage die Bestimmungen betr. die Erschwerung des Kontraktbruchs und Maßnahmen zur Verhütung der Annahme kontraktbrüchiger Arbeiter, bezw. möglichste Vermeidung der Beschäftigung von Arbeitern seitens der Staatsbetriebe während der Frühjahrsbestellung und der Erntezeit, sowie Beschäftigung von Gefangenen und betr. die Erweiterung der Zulassung ausländischer Arbeiter.

— Ein Scharfschießen findet am 23. und 24. März auf dem hiesigen Schießplatze statt. Das Schießen beginnt um 7 Uhr Vormittags und dauert voraussichtlich bis 3 Uhr Nachmittags.

— Im Litteratur- und Kulturverein wird am nächsten Dienstag Herr Dr. Cornill, Prof. der evangel. Theologie an der Universität in Breslau, einen Vortrag über das Buch Hiob halten.

— Kriegerverein. Die Monatsversammlung findet am Donnerstag den 22. d. Mts. statt.

— Der deutsche Ostmarken-Verein Ortsgruppe Thorn hält Dienstag, den 20. März, Abends 8 Uhr im Fürstenzimmer des Artushofes eine Hauptversammlung ab, auf deren Tagesordnung Rechenschaftsbericht und Rechnungslegung, Wahl des Vorstandes und Vortrag des Herrn Mittelschullehrers Paul: „Rund um die deutsche Sprachgrenze“ stehen. Die Einführung von Gästen ist gestattet.

— Theater. Ueber das Schauspiel „Nora“ von Henrik Ibsen, daß am Montag im Viktoria-Theater durch die Gesellschaft des Charakterspielers Herr Max Weidlich zur Aufführung gebracht wird, schreibt die „Rathenower Zeitung“: Im Gesellschaftshause ging gestern Abend das Schauspiel „Nora“ von Henrik Ibsen in Scene. Die Darstellung war tadellos. Fräulein Rieth spielte die „Nora“ ausgezeichnet und auch ihr Partner, Herr Schüler als Advokat Helmer, erfaßte seine Rolle als temperamentvoller Gatte und Jurist ganz vorzüglich. Nicht minder vortrefflich spielte Herr Direktor Weidlich den Rechtsanwalt Krogstad und auch Fräulein Krone als Christine Linde spielte recht gut. Kurzum der gestrige Theaterabend war ein vollständig gelungener, er befriedigte allgemein und sichert Herrn Direktor Weidlich bei einer eventuellen späteren Wiederholung abermals eine freundliche Aufnahme.

— **Auf die Theatervorstellung für das Kaiser-Wilhelm-Denkmal** weisen wir nochmals empfehlend hin. Sie findet Mittwoch den 21. d. M. im Artushofe statt. Eintrittskarten zu Mk. 2 sind in der Buchhandlung des Herrn Schwartz zu haben. (Vergl. Inseratenteil.)

— **Das westpreußische Diakonissenmutterhaus zu Danzig** begeht morgen Nachmittag sein diesjähriges Jahresfest und gleichzeitig das 25-jährige Bestehen durch eine kirchliche Feier. Die Festpredigt hält Herr Domprediger Grunau aus Marienwerder. Im verflossenen Berichtsjahr betrugen die Einnahmen 198 549,08 Mark, die Ausgaben 198 531,55 Mk. Die Hauskollekte in Westpreußen und Pommern ergab mit der Neujahrs- und Osterkollekte in Ost- und Westpreußen zusammen einen Reinertrag von 17 538,72 Mk. Jahresbeiträge zahlten 588 Personen gegen 567 im vorrigen Jahre. Außer zahlreichen Geschenken und Beihülfen bewilligten verschiedene Kreistage Jahresbeiträge, so die Kreise Dirschau, Graudenz, Flatow, Rosenberg, Schwetz und Thorn je 300 Mk, Strasburg 200 Mk., Stuhm 150 Mk., Danziger Höhe, Konitz, Marienburg, Pr. Stargard je 100 Mk., Dt. Krone 75 Mk., Culm, Danziger Niederung und Tuchel je 50 Mk. Vor allem aber gingen als gemeinschaftlicher Jahresbeitrag des Kaisers und der Kaiserin 700 Mk. ein. Wenn nun auch die Jahresrechnung einen kleinen Baarbestand aufweist, so ergiebt doch die Bilanz für das Wirtschaftsjahr 1899 einen Fehlbetrag von 14 800 Mk., welcher sich aus unbezahlten Rechnungen für Nahrungsmittel, nothwendig gewordenen Reparaturen und Ergänzungen des Inventars und für Beleuchtung und Heizung zusammensetzt. Das Arbeitsfeld hat wiederum manche Veränderung erfahren. Es sind in Westpreußen innerhalb der letzten 7 Jahre 59 ganz neue Stationen mit 73 Schwestern besetzt. Im Mutterhause arbeiten durchschnittlich 73 Schwestern. Die Zahl der Schwestern betrug im verflossenen Jahre 300 und zwar 187 Diakonissen, 87 Novizen, 26 Probeschwestern, außerdem 4 Schwesterschülerinnen.

— **Eilgutabfertigungsstellen.** Zum 1. April werden die Eilgutabfertigungsstellen in Konitz, Dirschau, Elbing und Marienburg von den dortigen Güterabfertigungsstellen abgezweigt und mit den Stationskassen vereinigt. Es erfolgt daher die Abfertigung von Eilgut und eilgutmäßig zu beförderndem Frachtgut von den genannten Dienststellen unter der Firma „Eilgutabfertigung“ selbstständig.

— **Auflösung der Wagenkontrole in Bromberg.** Die bisher für die Bezirke der Eisenbahndirektionen Bromberg, Danzig und Königsberg bestellt gewesene Wagenkontrole in Bromberg wird zum 1. April aufgelöst. Die ihr zugetheilten Arbeiten gehen in theilweise vereinfachter Form auf die Betriebsbureaus der Direktionen über.

— **Verhütung von Unfällen beim Eisenbahnbetriebe.** Die wiederholt auf freier Strecke und auf Bahnhöfen vorgekommenen Verletzungen von Lokomotivbeamten oder Rangirern beim Hinauslehnen von Lokomotiven oder Wagen durch Anstoßen an feste Gegenstände, welche durch die eigene Unvorsichtigkeit der Verletzten herbeigeführt worden sind, da überall das vorgeschriebene Normalprofil des freien Raumes vorhanden war, haben den Eisenbahnminister veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß es zweckmäßig ist, Signale, hohe Spannwerke, Pfahl- und Weichenlaternen ꝛc. 2,50 m von der Gleismitte entfernt aufzustellen, soweit dies nicht etwa durch die örtlichen Verhältnisse ausgeschlossen ist.

— **Reinhaltung und Desinfektion der Bedürfnisanstalten in den Bahnhöfen und Zügen.** Von dem Eisenbahnminister ist den Eisenbahndirektionen die Ueberwachung der Vorschriften über die Reinhaltnng und Desinfektion der Bedürfnisanstalten in den Bahnhöfen und Zügen in Erinnerung gebracht worden. Die Beschädigung, Verunreinigung und das Beschreiben der Wände in den Bedürfnisanstalten soll durch einen darin anzubringenden Anschlag ausdrücklich verboten und unter Hinweis auf die Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen Deutschlands oder die Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen Deutschlands unter Strafe gestellt werden.

— **Ein neuer Beruf für Frauen** eröffnet sich mit der Ausbildung weiblicher Chemiker für die Untersuchung der Rüben auf ihren Zuckergehalt. Das in der landwirthschaftlichen Hochschule in Berlin belegene chemische Laboratorium des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie beabsichtigt, künftighin gebildete Mädchen in diesem Berufe auszubilden. Der erste Kursus wird voraussichtlich in der Zeit vom 15. Februar bis 1. April 1901 stattfinden. Gegenwärtig werden diese Rübenuntersuchungen ausschließlich von jüngeren, sogenannten Kampagnechemikern ausgeführt, die meist auf 4 bis 5 Monate gegen ein Gehalt von 100 bis 150 Mark monatlich angestellt werden. Da, wo die Rüben nach Zuckergehalt bezahlt werden, sind diese Chemiker nicht selten auch gerichtlich vereidet. Zu dem Kursus in dem Zuckerlaboratorium sollen nur solche jungen Damen zugelassen werden, die entweder die höhere Töchterschule absolvirt haben oder sich einer Aufnahmeprüfung unterwerfen. Genaueres über den Kursus wird späterhin bekannt gegeben werden.

— **Strafkammersitzung vom 16. März.** Zur Verhandlung standen 4 Sachen an. In der ersten hatte sich der Wirtschaftsinspektor Gottfried Gaede aus Kokotzko wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu verantworten. Gaede reichte im Juli v. J. bei der königlichen Staatsanwaltschaft in Thorn eine Anzeige ein, in welcher er den Tischlermeister Otto Krebs aus Dembowitz der Beleidigung beschuldigte. Die Beleidigung wurde darin gefunden, daß Krebs verbreitet habe, Gaede habe sich Geldbeträge für sein Zeugnis in einer Alimentenprozeßsache geben, bezw. versprechen lassen. Diese Anzeige soll gegen besseres Wissen erstattet sein, weil Gaede dem Krebs und auch anderen Personen gegenüber selbst behauptet habe, daß ihm für sein Zeugniß Geld gegeben, bezw. versprochen sei. Gaede bestritt im gestrigen Termine, eine derartige Aeußerung zu Krebs oder zu einem Anderen gemacht zu haben. Vier Zeugen bestätigten jedoch eidlich, daß Gaede zu verschiedenen Malen in der angegebener Weise sich ausgesprochen habe. Auf Grund dieser Zeugenaussagen hielt der Gerichtshof den Angeklagten im vollen Umfange der Anklage für schuldig und verurtheilte ihn zu einer 2 monatlichen Gefängnisstrafe. Gleichzeitig wurde dem Verletzten, Tischlermeister Krebs die Befugnis, zugesprochen, die Verurtheilung des Angeklagten auf dessen Kosten im Culmer Kreisblatt bekannt zu machen. — Die Anklage in der zweiten Sache richtete sich gegen den Händler Johann Bukowski aus Lonkorz. Die Oeffentlichkeit war während der Dauer dieser Verhandlung ausgeschlossen. Bukowski wurde wegen Majestätsbeleidigung in Verbindung mit Beleidigung eines Mitgliedes des Landesherrlichen Hauses zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. — Demnächst wurde gegen den Arbeiter Josef Schubert aus Thorn wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes verhandelt. Schubert, welcher bei dem Bauunternehmer A. Ackermann zu Thorn in Diensten stand, fuhr am Abend des 30. Dezember v. J. die Graudenzer Chaussee entlang mit dem Gespanne seines Dienstherrn nach Mocker zu. In der Nähe des Wollmarktes kam ihm ein Wagen der elektrischen Straßenbahn entgegengefahren. Mit diesem Straßenbahnwagen stieß das von dem Angeklagten geführte Fuhrwerk zusammen. Einen Unglücksfall hatte dieser Zusammenstoß nicht im Gefolge, jedoch wurden der Straßenbahnwagen und auch das Fuhrwerk des Angeklagten nicht unerheblich beschädigt. Die Anklage machte den Angeklagten für diesen Unfall verantwortlich, weil er denselben durch seine Fahrlässigkeit verursacht haben soll. Der Führer des elektrischen Wagen bekundete, daß es an jenem Abende sehr dunkel gewesen sei und daß er, um einen Unfall zu verhüten, vom Gasthause „zum goldenen Löwen“ ab beständig geklingelt habe Trotzdem sei Angeklagter, dessen Fuhrwerk er erst im letzten Augenblicke vor dem Zusammenstoß bemerkt habe. nicht vom Bahngeleise gewichen. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme ist anzunehmen, daß Angeklagter entweder auf seinem Fuhrwerke eingeschlafen gewesen ist oder sich im angetrunkenen Zustande befunden hat. Das Urtheil gegen ihn lautete auf 1 Woche Gefängnis. — Eine Sache wurde vertagt.

— **Gefunden** eine Invaliden-Quittungskarte für den Schnitter Lewandowski im Polizei-Briefkasten.

— **Temperatur um 8 Uhr Morgens:** 3 Grad Wärme, Barometerstand 27 Zoll 6 Strich.

— **Wasserstand der Weichsel** bei Thorn 1,75 Meter.

△ **Podgorz,** 15. März. Gestern Abend fand bei R. Meyer eine Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins statt, in welcher von einem Wanderlehrer ein Vortrag über Obst- und Gartenbau gehalten wurde.

Podgorz, 16. März. Herr Bürgermeister Kühnbaum machte in der gestrigen Gemeindevertretersitzung die Mittheilung, daß er demnächst einen Antrag auf Einführung einer Biersteuer vorlegen werde. — Ein alter Dieb, der etwa 50jährige Julius Schiemann von hier, der mehr als 20 Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern gesessen, ist gestern Abend beim Stehlen von Hühnern in Ober-Nessau abgefaßt worden. Der Besitzer Fritz dortselbst fand Abends in seinem Stalle diesen ihm unbekannten Mann, welcher auf Befragen erklärte. daß er im Stalle nächtigen wolle. Hierauf wurde er vom Gehöft gewiesen. Beim Nachsehen im Stalle fand Fritz einen Sack, in welchem fünf seiner Hühner untergebracht waren, und nun nahm er mit seinem Knechte die Verfolgung des Mannes auf, die von Erfolg war. Der Dieb wurde festgehalten und dem Gendarm Pagalies, der sich in Nessau auf einem Patrouillenritte befand, übergeben. Der Beamte brachte ihn zunächst ins hiesige Gefängnis, von wo er nach Thorn transportirt wurde.

Kleine Chronik.

* **Ein religiöses Werk von Gustav Eberlein** „Christus am Kreuze“ wird jetzt auf Bestimmung des Kaisers in Bronze ausgeführt und soll im Mai oder Juni vor der Garnisonkirche in Kiel aufgestellt werden. Das Kaiserpaar sah das Werk im Atelier des Meisters und war von der Darstellung aufs tiefste ergriffen; die Kaiserin äußerte, sie habe seit vielen Jahren kein religiöses Werk gesehen, von dem sie einen so großen Eindruck empfangen habe. Zu Füßen des Gekreuzigten, der das edle, schmerzreiche, von der Dornenkrone bedeckte Haupt herabneigt, ruht am Felsen in flehender Haltung, inständig betend, ein junges Weib; auf seinem Gewand liegt schlummernd ein nacktes Kind. Der Kaiser meinte, man könnte an einen Schiffer denken, um dessen Rettung aus Gefahr das Weib bete. Aus diesem Grunde bestimmte der Monarch auch einen unweit vom Meere gelegenen Platz.

* **Nachahmungswerth.** Ein Berliner Gastwirth hat in seinem Lokale Plakate anbringen lassen mit folgender Aufschrift: „An meine verehrl. Gäste! Das Abgeben von sogenannten Trinkgeldern an meine Kellner wird sowohl von ihnen als auch von mir als Ehrenkränkung aufgefaßt. Die event. Nickel bitte daher am Eingange in die Sammelbüchse für die Armen der Stadt zu legen.“

* **In dem Militärbefreiungs-Prozeß zu Elberfeld** behauptete am Donnerstag der Angeklagte Dr. med. Ziel, Struckeberg habe ihm zwar aufgefordert, ihm in seinem Freimachungsgeschäft behilflich zu sein, er habe aber diese Zumuthung zurückgewiesen. Zwar habe er die Angeklagten Mülhoff jr. und Hüls jr. bezüglich ihrer Militärtauglichkeit untersucht, habe aber auch für einige auswärts wohnende junge Leute Atteste ausgestellt. Es waren das aber keinerlei ungesetzliche Handlungen. Einen Tag nach der Verhaftung Struckebergs habe er auf Wunsch von dessen Frau die betreffenden Eintragungen aus seinen Büchern herausgerissen und vernichtet.

* **Bei der Verhandlung des Prozesses „Kriegsheim“** kam es zu einem Zwiespalt zwischen dem Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Rösler und dem Verteidiger Rechtsanwalt Morris. Letzterer fühlte sich dadurch verletzt, daß ihm auf einige von ihm gemachten Angriffe auf die Unbefangenheit des Untersuchungsrichters von leitender Stelle der Vorwurf der „Sensationsmacherei“ gemacht worden war. Auf die hiergegen von ihm eingelegte Beschwerde beim Landgerichts-Präsidenten ist jetzt der Bescheid eingegangen. Darin wird unter Zurückweisung einiger anderer Beschwerdepunkte anerkannt, daß jener Vorwurf „unbegründet und in der Form verletzend“ gewesen sei.

* **Neues Heilmittel gegen die Schwindsucht.** Von Dr. Hericourt, dem Chef des Laboratoriums des Professors Richet, erhielten die Pariser Korrespondenten des „Neuen Wiener Journals“ interessante Details über sein Tuberkuloserum. Wir begannen, sagte Dr. Hericourt, unsere Versuche vor 10 Jahren mit tuberkulösen Hunden und Affen, denen wir ein aus Rindermuskelfleisch gepreßtes Plasma eingaben. Dieses hat mit dem zwischen den Muskelfasern cirkulierenden Blute nichts gemein. Vor sechs Monatrn begannen unsere Versuche an Menschen. Zehn Tuberkulose zweiten Grades nahmen an Körpergewicht zu und fühlten sich wohler. Die Kranken erhielten täglich 600 Kubikcentimeter Plasma in drei Rationen als kalte Bouillon.“ Hericourt sprach die zuversichtliche Hoffnung aus, daß hier ein Heilmittel gegen die Schwindsucht vorliege, und erwartet, daß Versuche damit in allen Großstädten angestellt werden.

* **Der „Eisenzahn“ in Berlin.** Am Tage nach der ersten Aufführung von Joseph Lauffs Drama „Der Eisenzahn“ in Berlin soll in der Generalintendanz der königlichen Schauspiele zwischen dem Grafen Hochberg und dem Intendanturdirektor Pierson das folgende Gespräch stattgefunden haben: „Nun, mein lieber Pierson, was denken Sie über die Repertorichancen vom Eisenzahn?“ „Ach, Exzellenz, ich fürchte, daß es mit dem Eisenzahn gehen wird, wie mit allen kranken Zähnen . . .“ „Wieso?“ „Ohne künstliche Füllung wird er nicht zu halten sein.“

* **Die Mailänder „Famiglia artistica“** sandte folgendes Telegramm zu Händen Menzels und Sudermanns nach Berlin: „Die Mailänder „Famiglia artistica“ spendet Ihrem mutigen Protest Beifall und hofft auf den Triumpf der freien Kunst über die lex Heinze.“

* **Aus dem Reiche des Aberglaubens.** Der 24jährige Winzerssohn Lukuyar, der s. Z. ins Haus der Wittwe Gaberc in Pichlberg, Süd-Steiermark, gedrungen war und sie, weil er glaubte, daß sie eine Hexe sei, durch fünf Revolverschüsse getötet hatte, wurde vom Schwurgericht in Graz zum Tode durch den Strang verurtheilt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. März. (Tel.) Bei der Fortsetzung der Beratung der lex Heinze im Reichstage beantragte der Abg. Heine, die Berathung über seinen Antrag betr. ansteckende Geschlechtskrankheiten unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vorzunehmen. Der Reichstag wurde auf eine halbe Stunde vertagt, damit die Geschäftsordnungskommission zusammentreten konnte. Seit 12 Uhr verhandelt der Reichstag in geheimer Sitzung.

Köln, 16. März. Gestern entgleiste ein Arbeitszug auf der der Friedenshütte bei Kneuttingen (Lothringen) gehörigen Privatbahn. Zwei Arbeiter, welche unter die Maschine geriethen, waren sofort todt, drei starben auf dem Transport; fünf weitere Arbeiter wurden theils schwer, theils leicht verletzt.

Petersburg, 16. März. Bei dem französischen Botschafter Grafen Montebello fand heute ein Diner statt, an welchem der Kaiser, die Kaiserin, die hier anwesenden Großfürsten und Großfürstinnen, der Minister des Aeußern Graf Murwaiew, der Gehilfe des Ministers des Aeußern Graf Lamsdorff und hohe Würdenträger des Hofes theilnahmen. An das Diner schloß sich ein Konzert, zu welchem das diplomatische Corps geladen war.

Teplitz, 16. März. Heute versuchten 500 Streikende durch Drohungen im Austro-Johannes-Britaniaschacht die Einstellung der Arbeit zu erzwingen. Militär zersprengte die Massen. Zwei Mann wurden verhaftet. Desgleichen haben sich die Drohungen der Streikenden bei der Waldwirthschaft in Zuckmantel wiederholt, wo auch Militär einschreiten mußte.

Bergen, 16. März. Der hier beheimathete Dampfer „Dovre“ ist am vorigen Freitag mit einem anderen Dampfer zusammengestoßen, und es gilt als kaum zweifelhaft, daß der andere Dampfer der Dampfer „Cuvier“ gewesen ist, der nach einer Lloydmeldung gesunken ist. Von Seiten der „Dovre“ wird behauptet, daß „Cuvier“ durch fehlerhaftes Manöveriren den Zusammenstoß verschuldet habe.

London, 16. März. Roberts meldet aus Bloemfontein, daß Polecacrew in Springfontein eingetroffen sei, so daß Bloemfontein jetzt in Bahnverbindung mit Kapstadt steht. Die Proklamation habe eine ausgezeichnete Wirkung. Viele Burghers wollten zu ihren gewohnten Beschäftigungen zurückkehren. Der Resident von Basutoland melde, daß in letzter Zeit 800 Buren dort angekommen seien, um sich zu ergeben.

Kapstadt, 15. März. Eine Abtheilung Kappolizei unter dem Befehle des Kapitän Wooler hat Barkly East besetzt.

London, 17. März. „Daily Telegraph“ meldet aus Kapstadt, daß die gefangenen Buren vorläufig an Bord der Transportschiffe bleiben sollen.

Aus Bethulie wird gemeldet, daß Präsident Krüger in einem Aufruf erklärte, der Oranje-Freistaat gehöre nunmehr zur südafrikanischen Republik.

Lissabon, 17. März. „Standard“ berichtet, daß portugiesische Truppen, 17 Offiziere und 702 Mann, nach Lourenzo Marques abgehen.

Warschau, 17. März. Heutiger Wasserstand 4,41 Meter.

Verantwortlicher Redakteur:
Friedrich Kretschmer in Thorn.

Handels-Nachrichten.

Telegraphische Börsen-Depesche

Berlin, 17. März. Fonds fest.		16. März.
Russische Banknoten	216,15	216,10
Warschau 8 Tage	—	—
Oesterr. Banknoten	84,35	84,40
Preuß. Konsols 3 pCt.	86,40	86,60
Preuß. Konsols $3^1/_2$ pCt.	95,70	95,90
Preuß. Konsols $3^1/_2$ pCt. abg.	95,70	95,75
Deutsche Reichsanl. 3 pCt.	86,40	86,60
Deutsche Reichsanl. $3^1/_2$ pCt.	95,90	95,20
Westpr. Pfdbrf. 3 pCt. neul. II.	83,90	83,90
do. " $3^1/_2$ pCt. do.	94,20	94,10
Posener Pfandbriefe $3^1/_2$ pCt.	93,70	93,60
" " 4 pCt	101,30	101,25
Poln. Pfandbriefe $4^1/_2$ pCt.	97,10	97,10
Türk. Anleihe C.	27,50	27,50
Italien Rente 4 pCt.	94,75	94,75
Rumän. Rente v. 1894 4 pCt.	82,00	82,00
Diskonto-Komm.-Anth. exkl.	197,00	197,00
Gr.-Berl. Straßenbahn-Aktien	221,00	—
Harpener Bergw.-Akt.	232,20	230,00
Nordd. Kreditanstalt-Aktien	125,00	125,10
Thorn. Stadt-Anleihe $3^1/_2$ pCt.	—	—
Weizen: Loko Newyork Okt.	80 c.	$79^1/_2$
Spiritus: Loko m. 70 M. St.	48,30	48,30

Wechsel-Diskont $5^1/_2$ pCt., Lombard-Zinsfuß $6^1/_2$ pCt.

Amtliche Notirungen der Danziger Börse
vom 16. März.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer den notirten Preisen 2 M. per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Weizen: inländisch hochbunt und weiß 697—772 Gr. 132—150 M., inländisch bunt 675—750 Gr. 125—137 M., inländisch roth 676—721 Gr. 129—$132^1/_2$ M.

Roggen: inländ. grobkörnig 673—738 Gr. 131 bis 133 M.

Gerste: inländisch große 615—704 Gr. $118^1/_2$ bis $122^1/_2$ M. bez.

Hafer: inländisch 110—121 M.

Alles per Tonne von 1000 Kilogramm.

Kleie: per 50 Kilogr. Weizen- $3{,}92^1/_2$—4,50 M. bez., Roggen- 4,30 M. bez.

Amtlicher Bericht der Bromberger Handelskammer
vom 16. März.

Weizen: 135—145 M., abfallende Qualität unter Notiz

Roggen: gesunde Qualität 124—130 M., feuchte abfallende Qualität unter Notiz.

Gerste: 114—118 M. — Braugerste 118—130 M, feinste über Notiz.

Hafer: 116—120 M.

Für Börsen- und Handelsberichte rc., sowie den Anzeigentheil verantwortl.: E. Wendel-Thorn.

Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung, Ges. m. b. H., Thorn.

Hierzu ein 2. Blatt und ein illustrirt. Unterhaltungsblatt.